

Antrag 42/I/2024**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****JETZT Deutsche Wohnen und Co. Enteignen**

1 Am 26.09.2021 haben 59,1 % der Berliner*innen für den
2 Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“
3 gestimmt.
4
5 Daraufhin hat der Senat am 29.03.2022 eine Kommission
6 zur Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände einbe-
7 rufen. Die Kommissionsmitglieder wurden beauftragt, ei-
8 ne mögliche Vergesellschaftung von großen Immobilien-
9 unternehmen mit mehr als 3000 Wohnungen in Berlin
10 wie beispielsweise Vonovia nach ihrer verfassungsrechtli-
11 chen Umsetzung zu untersuchen. Die Kommission fasste
12 in ihrem Abschlussbericht vom 28. Juni 2023 zusammen,
13 dass das Land Berlin in einem Gesetz die Vergesellschaftung
14 großer Immobilienunternehmen regeln kann. Hierzu
15 wird Artikel 15 des Grundgesetzes zugrunde gelegt. Im Ko-
16 alitionsvertrag hatten sich CDU und SPD darauf verständigt,
17 im Falle der Verkündung eines positiven Ergebnisses der
18 Expert*innenkommission innerhalb von zwei Jahre ein
19 Vergesellschaftungsrahmengesetz zu verabschieden.
20 So wolle der Senat vor dem Inkrafttreten des Rahmengesetzes
21 eine verfassungsrechtliche Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht
22 durchführen.
23
24 Im September 2023, also zwei Jahre nach dem erfolgreichen
25 Ergebnis des Volksentscheids „Deutsche Wohnen &
26 Co enteignen“, hat die Initiative einen Neuen Gesetzes-
27 volksentscheid verkündet. Zusammen mit Jurist*innen,
28 Expert*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft will
29 die Initiative nun ein echtes Vergesellschaftungsgesetz er-
30 arbeiten.
31
32 Für uns ist klar, dass Grundbedürfnisse wie das Wohnen
33 nicht im Eigentum von Konzernen liegen dürfen. Niemand
34 soll die Grundbedürfnisse von Menschen für Gewinnmaximierung
35 und Spekulation ausnutzen. Denn alle Berliner*innen haben
36 ein Recht auf Wohnen und ein Kopf über dem Dach. Es ist
37 eben ein Problem, wenn sich Berliner*innen wegen der
38 Mietpreisentwicklung nicht mehr die Wohnung leisten können
39 und aus ihrem Kiez oder Bezirk vertrieben werden. Wenn
40 der Senat die Enteignung nicht vollstreckt, geht zusätzlich
41 das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen verloren.
42 Das müssen wir verhindern! Wir verurteilen diese Hinhalte-
43 strategie und die antidemokratische Verschleppung der
44 Enteignung durch SPD und CDU aufs Schärfste. Dieses Verhalten
45 zeugt von mangelndem Respekt gegenüber dem Volksentscheid
46 und allen Berliner*innen, die für die Enteignung gestimmt
47 haben. **Aus diesen Gründen unterstützen wir**
48

49 **die neue Initiative von Deutsche Wohnen und Co enteig-**
50 **nen und setzen damit ein klares Zeichen gegen Ausbeu-**
51 **tung und Gentrifizierung.**

52

53 Wir fordern deshalb:

- 54 • Die Unterstützung der neuen Initiative von Deut-
- 55 sche Wohnen und Co enteignen zum Gesetzesvolks-
- 56 entscheid
- 57 • Unabhängig vom Gesetzesvolksentscheid, den Zeit-
- 58 plan und die nächsten Erarbeitungsschritte zum ge-
- 59 planten Vergesellschaftungsrahmengesetz transpa-
- 60 rent zu veröffentlichen und zu kommunizieren
- 61 • die schnellstmögliche Enteignung von Deutsche
- 62 Wohnen und Co., sowie perspektivisch die Vergesell-
- 63 schaftung aller Bereiche der öffentlichen Daseins-
- 64 vorsorge (insbesondere Gesundheit, Wohnen und
- 65 Energieversorgung)
- 66